

Kommentar

Wählen mit 16

✎ Susanne Hennig-Wellso

Mehr Demokratie, das ist ein wichtiges Ziel der LINKEN. In Thüringen haben wir bundesweit das beste Gesetz für direkte Demokratie in Kommunen beschlossen. Und wir haben entschieden, dass Jugendliche schon ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen mitbestimmen dürfen. Ein wichtiger Schritt, um die Demokratie zu stärken. Am 15. April stehen in unserem Freistaat Oberbürgermeister-, Bürgermeister- und Landratswahlen an. Die erste Gelegenheit für 16 und 17 jährige, ihr Kreuz zu machen. Als wir im Landtag die Senkung des Wahlalters beschlossen haben, waren CDU und AfD dagegen. Sie wollen nicht mehr Demokratie. Die rechtsradikale AfD ist nun noch einen Schritt weitergegangen. Sie hat das Thüringer Verfassungsgericht angerufen, um das Gesetz auszuhebeln und den Jugendlichen die Wahl zu untersagen. Die AfD hat so erneut bewiesen, wo sie steht: Auf der Seite der Demokratie-Gegner. Und sie hat gezeigt, was von ihren Sprüchen im Wahlkampf zu halten ist, wenn sie sich als Verfechterin direkter Demokratie nach Schweizer Vorbild darstellt: Nichts. Die AfD ist eine elitäre Partei der radikalen Rechten. Sie will nicht mehr, sondern weniger Mitbestimmung. Sorgen wir mit einer hohen Wahlbeteiligung dafür, dass bei den Wahlen die Stimmen der Menschen gehört werden.

Es geht um mehr als Blumen!

Internationaler Frauentag: Wirkliche Gleichstellung ist das Ziel

Seit 108 Jahren gibt es den internationalen Frauentag. Susanne Hennig-Wellso, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, sagte: »Am 8. März geht es um mehr als Blumen! Auch heute bleibt in Sachen Gleichstellung viel zu tun - von gerechter Bezahlung bis zur Frage, wie wir mehr Frauen für die Politik gewinnen können. Noch immer bekommen Frauen im Durchschnitt weniger Lohn für gleiche Arbeit und haben schlechtere Aufstiegschancen im Beruf, das muss ein Ende haben.«

In öffentlichen Ämtern und in der Politik sind Frauen unterrepräsentiert – auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts. Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Thüringer Linksfraktion sagte: »Wahlrecht alleine reicht nicht, wenn Gleichberechtigung in vielen Bereichen unserer Gesellschaft fehlt. Auf 100 Jahre Frauenwahlrecht können wir zurückschauen als einen erfolgreichen Kampf. Wir müssen aber auch nach vorne schauen, welche Kämpfe noch geführt werden müs-

sen.« Um zum Beispiel in Landesparlamenten und in der Kommunalpolitik künftig Gleichstellung zu erreichen, diskutieren die rot-rot-grünen Fraktionen im Landtag derzeit Möglichkeiten für gesetzliche Parität-Regelungen. Auch Ina Leukefeld, Sprecherin der Linksfraktion für Arbeits-

politik äußerte sich zum Frauentag: »Ich bin froh, dass eine junge Frauengeneration heranwächst, die den Internationalen Frauentag nicht nur feiern, sondern als Frauentag auf neue Weise begehen und sich mit ihren berechtigten Forderungen Gehör verschaffen will.«



foto: © LINKSFRAKTION THÜRINGEN

Absurdes Theater

Staatsanwaltschaft Gera als verlängerter Arm Erdoğan's?

Am 6. März stand die Polizei vor einer Reihe von Wohnungen und Büros in Erfurt und im Landkreis Sonneberg. Die Staatsanwaltschaft Gera hatte Beschlüsse für Hausdurchsuchungen erwirkt. Das Ziel: Menschen, die sich für die Belange der Kurdinnen und Kurden eingesetzt und in dem Zusammenhang angeblich verbotene Symbole verbreitet haben sollen. Ein Ziel war auch die Erfurter Ortsgruppe der »Linksjugend solid«.

Zu der Durchsuchung erklärt Susanne Hennig-Wellso, Vorsitzende

der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: »Die Durchsuchung beim Jugendverband 'Linksjugend solid' war völlig unverhältnismäßig und rechtlich absurd. Ich fordere die Staatsanwaltschaft auf, das Verfahren um eine Lappalie umgehend einzustellen.«

Der Vorwurf ist offenbar, dass die Erfurter Gruppe des Jugendverbandes ein Facebook-Posting zur Ankündigung einer zugelassenen und öffentlichen Veranstaltung eines kurdischen Vereins geteilt haben soll. Die Staatsanwaltschaft hat in

den Räumlichkeiten der »Linksjugend« nichts beschlagnahmt, sondern nur zwei Screenshots der Facebook-Seite des Jugendverbandes angefertigt.

DIE LINKE steht solidarisch an der Seite der kurdischen Bewegung, die für eine demokratische und solidarische Gesellschaft eintritt. Es sind Kurdinnen und Kurden, die unter anderem in Syrien unter hohen Opfern den menschenverachtenden islamistischen Terror bekämpfen - übrigens erhalten sie dabei auch Militärunterstützung des deutschen

NATO-Partners USA. Die kurdische Bewegung streitet für Demokratie, Freiheit, Frauenrechte und eine soziale Gesellschaft. Die Maßnahme der Staatsanwaltschaft Gera ist aus Sicht der Linksfraktion nicht gerechtfertigt.

Das jüngste Vorgehen mehrerer Staatsanwaltschaften gegen Symbole der nicht-verbotenen YPG, scheint ein Kniefall vor Erdoğan und seinem Regime in der Türkei zu sein. Die Staatsanwaltschaft Gera war bereits jüngst dadurch aufgefallen, dass sie ohne Not kirchliche Räume in Jena durchsuchen ließ.

Familiennachzug

Thüringen und Schleswig-Holstein gegen Flüchtlingspolitik der Bundesregierung

Familiennachzug ist eine integrationspolitische Notwendigkeit«, stellt *Sabine Berninger* klar. Die Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik der Thüringer Linksfraktion lobte die Entscheidung der Landesregierung, sich im Bundesrat gemeinsam mit Schleswig-Holstein gegen die Politik der Bundesregierung zu stellen.

Anfang März 2018 stand in der Länderkammer das vom Bundestag beschlossene »Gesetz zur Verlänge-

rung der Aussetzung des Familiennachzugs« zur Abstimmung. DIE LINKE lehnt die mit diesem Gesetz fortgesetzte Trennung von Flüchtlingen von ihren Familien ab. Daher sei es die richtige Entscheidung gewesen, dass Thüringen den Antrag Schleswig-Holsteins auf Anrufung des Vermittlungsausschusses unterstützt habe, sagte *Berninger*. Die Entscheidung der Mehrheit im Bundestag, den Familiennachzug weiter auszusetzen, bezeichnet *Berninger*

als eine »mensenrechtliche und familienpolitische Bankrotterklärung und ein erschreckendes Einknicken vor rechtspopulistischen und menschenverachtenden Positionen«.

Den flüchtlingspolitischen Grundsätzen des Thüringer Koalitionsvertrages folgend ist im Integrationskonzept der Schutz der Familie als wichtiger Bestandteil erfolgreicher Integration beschrieben und folgerichtig festgelegt: »Die Landesregierung setzt sich auf Bundesebene für

die Öffnung des Familiennachzugs (...) ein.« »Wir folgen unseren flüchtlings- und integrationspolitischen, aber auch familienpolitischen Grundsätzen: Familiennachzug muss grundlegend im Sinne der Familien und der Integrationsvoraussetzungen neu geregelt werden«, sagte *Berninger*. Daher reagiert die LINKE-Abgeordnete mit großer Enttäuschung darauf, dass lediglich Thüringen und Schleswig-Holstein für den Antrag stimmten.



foto: © linksfraktion

kurz & gut

Herausragen- des Tourismus- jahr

Knut Korschewsky freut sich: »Mit 9,9 Millionen Übernachtungen schaut Thüringen auf ein hervorragendes Jahr 2017 für den Tourismus zurück. Unterstützt vom Reformationsjubiläum, aber auch dank der Neuausrichtung des touristischen Marketings in dieser Wahlperiode, können wir auf eine erfolgreiche Entwicklung zurückschauen«, sagt der tourismuspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Korschewsky ergänzt: »Zehn Prozent mehr ausländische Gäste belegen, dass das Auslandsmarketing mit Schwerpunkt USA gut funktioniert hat. Die persönliche Unterstützung des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow und des Wirtschaftsministers in den Vereinigten Staaten haben ebenso einen Anteil daran wie die engagierte Arbeit der Thüringer Tourismus GmbH. Die Zahlen belegen, dass von der neuen Tourismusstrategie ganz Thüringen profitiert. Am deutlichsten wird dies mit den starken Zuwächsen im Hainich.«

Abschließend sagte *Korschewsky*: »Ich hoffe, dass sich die gute Entwicklung verstetigt und viele begeisterte Besucher uns bald wieder aufsuchen. 2019 steht mit dem Bauhausjubiläum das nächste Großereignis ins Haus.«

Was tun gegen Rassismus?

Eine Kommission des Landtages erarbeitet Handlungsvorschläge gegen Rassismus

Wir haben als Gesellschaft ein Problem mit Rassismus. Ich freue mich, dass Rot-Rot-Grün das Thema so hoch hängt und das Problem nicht nur wegbilden, sondern an Gesetze rangehen will«, lobte *Koray Yilmaz-Günay*. Das Vorstandsmitglied vom »Migrationsrat Berlin-Brandenburg« ist Sachverständiger der »Enquete-Kommission Rassismus«, die der Thüringer Landtag im Januar 2017 eingesetzt hat. Die Einsetzung der Kommission ist eine Konsequenz aus dem NSU-Skandal. Ihr Ziel: Das Erarbeiten von Vorschlägen, wie Rassismus zurückgedrängt werden kann.

Seit ihrer ersten Sitzung im Sommer 2017 hat die Kommission achtmal getagt, zahlreiche ExpertInnen und Betroffene wurden angehört. Um ein Zwischenfazit zu ziehen

und mit Vereinen und Betroffenen und ExpertInnen über die Arbeit zu diskutieren, hatte DIE LINKE am 5. März 2018 zu einer Fachkonferenz in den Landtag eingeladen. Für die Linksfraktion sind *Sabine Berninger*, *Christian Schaft* und *Katharina König-Preuss* Mitglied in der Kommission.

Um Rassismus, seine Ursachen und Auswirkungen erfassen zu können, hat sich die Enquete-Kommission auf eine gemeinsame Begriffsdefinition geeinigt – eine »schwierige Sache« sei das gewesen, berichtet *Berninger*. Eine Definition könne sich auf das Grundgesetz und internationale Übereinkommen stützen, sie müsse aber auch die Sicht von Betroffenen berücksichtigen, forderte *Yilmaz-Günay*.

Eine Verständigung über Rassismus könne es mit der AfD nicht ge-

ben. Aber es sei durchaus ein Ziel, mit der CDU zu gemeinsamen Vereinbarungen zu kommen, betonte die Sachverständige Professorin *Dr. Iman Attia* von der »Alice Salomon Hochschule Berlin«. Sie stellte fest, dass es in Thüringen bisher zu wenig wissenschaftliche Daten über Rassismus gebe. Für *Attia* ist klar: Die Arbeit der Kommission müsse konkrete Vorschläge liefern: »Wenn das Ergebnis nur ein Bündel Papier ist, können wir uns das sparen.«

Ayşe Güleç vom »Aktionsbündnis NSU-Komplex auflösen« nannte die Enquete-Kommission einen »Ort der gesellschaftlichen Verhandlung« und lobte die Öffnung des Parlaments zu Wissenschaft, ExpertInnen und zu Menschen mit Rassismus-Erfahrung. Die Kommission müsse auch ein »Ort des Verlernen von rassistischen Sichtweisen werden.« Sie kritisierte, dass es eine »strukturelle Ignoranz« gegenüber den Opfern von Rassismus gebe.

Dr. Janine Dieckmann vom Jenaer »Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft« hob positiv hervor, dass es dem Gremium gelungen sei, den Blick auf die Gesellschaft auszuweiten und von einem engen Verständnis von Rassismus als reinem Phänomen des Rechtsextremismus zu lösen. Erste Erfolge der Kommission hätten sich bereits eingestellt, sagte sie, zum Beispiel durch die Gründung eines »Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerk«.

Abschließend wies *Yilmaz-Günay* darauf hin, dass gesellschaftlicher Wandel aktive Unterstützung aus der Gesellschaft brauche: »Es ist gut, dass es eine gute Regierung und Ansprechpartner im Parlament gibt. Aber ohne Druck kann keine Regierung Ministerien und eingeübte Praxen verändern.«



foto: © LINKSFRAKTION

100 Jahre Bauhaus

1919 wurde in Weimar das Staatliche Bauhaus gegründet

Was redet ihr hier von einem Heimwerkermarkt?«, fragte mich der verdutzte Mithörer eines Gesprächs mit einer Freundin, der ich von den Thüringer Aktivitäten rund um das Bauhaus-Jubiläum erzählte. Bauhaus, nur ein Heimwerkermarkt? Nun könnte man die Frage durchaus philosophisch zu beantworten versuchen, den unwisenden Mithörer entweder ignorieren oder ihm seine Unkenntnis vorwerfen - oder aber, ganz im Sinne der vielschichtigen Angebote zu 100 Jahren Bauhaus im Jahr 2019, ihn nach Thüringen einladen. Schließlich wird bei einer Google-Suche nach »Bauhaus« tatsächlich zuallererst die Heimwerkermarkt-Kette angezeigt und erst nach einigem Suchen kommt man zu einer Erklärung zu Walter Gropius und seiner 1919 in Weimar gegründeten Kunstschule, die sich - trotz nur 14 Jahre andauernder Existenz - zum Kultur-Export-schlager des 20. Jahrhunderts entwickelt hat und bis heute nichts an Strahlkraft verloren hat. Wie auch, wenn ganze Städte wie zum Beispiel Chicago ihre Silhouette dem Bauhaus verdanken.

KATJA MITTELDORF

Ich entschied mich also für letzteres. Gerade weil der Mithörer offenbar die perfekte Zielgruppe für eine Einladung zur Wiege des Bauhauses ist. Dabei kann und muss Weimar Ausgangspunkt sein, der aber für überall in Thüringen Anknüpfungspunkte bietet.

Dass im Freistaat 2019 der Neubau eines Museums zu Ehren des Bauhauses eröffnet wird und wir damit in die Lage versetzt werden, den

Schatz dieser sozialen und kulturellen Bewegung zu präsentieren, ist allenfalls ein Höhepunkt von vielen. Die Frage nach der Bedeutung des Bauhauses für unsere heutige Zeit

nalsozialisten das Bauhaus erfolgreich bekämpfen konnten, sind heute nicht meilenweit weg - ganz im Gegenteil. Umso mehr schmerzt der Sieg des Heimwer-



Foto: © Moonglow / pixabay.com

bettet sich schon jetzt in das Themenjahr »Industriekultur und soziale Bewegungen« ein. Überhaupt bietet das Bauhaus die Möglichkeit, sich heutige Fragen dazu aus verschiedenen Perspektiven zu stellen - gerade wenn wir in einer Gesellschaft leben, in der die Frage »Wie wollen wir leben?« wieder existentiell wird. Die gesellschaftlichen Umbrüche, die damals dazu führten, dass die Natio-

nermarkt im Internet gegenüber der wirklich lesenswerten, allumfassenden Internetseite »www.bauhaus100.de« zu 100 Jahren Bauhaus. Aber wer weiß: Vielleicht lädt dieses Gründungsjubiläum ja auch zu einer digitalen Bewegung ein. Der unwissende Mithörer von neulich hat jedenfalls schon mal auf die richtige Bauhaus-Seite geklickt.

» Bafög-Reform

Rot-Rot-Grün will mit einer Bundesratsinitiative die finanziellen Bedingungen von Studierenden verbessern und den Kreis der Bafög-Empfangenden wieder vergrößern. Der hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion Christian Schaft erklärt: »Das Bafög muss grundlegend reformiert werden. Als wichtige Säule zur Schaffung von Bildungsgerechtigkeit müssen die Fördersatz und Freibeträge angehoben und dynamisiert werden. Die Ausbildungsförderung muss sich an der Lebensrealität der Studierenden orientieren. Altersgrenzen und die Koppelung an starre Fristen der Regelstudienzeit müssen auf den Prüfstand.«

» Freier Sonntag

Die »Thüringer Allianz für den freien Sonntag« wird von Ina Leukefeld, Sprecherin für Arbeitspolitik der Thüringer Linksfraktion, unterstützt: »In den letzten Jahren ist die Zahl derjenigen, die auch an Sonn- und Feiertagen arbeiten, stark gestiegen. Nachweislich belastet eine immer größere Flexibilisierung der Arbeitszeit die Gesundheit der Beschäftigten wie auch deren soziale Beziehungen und deren persönliches Umfeld.« Das Bündnis ist eine Initiative unter anderem der Gewerkschaft ver.di und der Kirchen. Leukefeld sagte: »Ich unterstütze die Allianz, weil ich die Sieben-Tage-Geschäftigkeit ablehne und für Entschleunigung und Ruhe eintrete.«

» Gebietsreform

»Es ist nicht überraschend, dass der Landesrechnungshof in seinem Bericht zur überörtlichen Kommunalprüfung die Notwendigkeit der Gebietsreform erneut bestätigte. Aufgrund der Kleingliedrigkeit können viele Kommunen nicht mehr die Aufgaben in ganzer Breite fachlich korrekt erfüllen. Die Folgen sind flächendeckende Verstöße gegen Vorgaben des kommunalen Haushalts- und Vergaberechts«, sagt Frank Kuschel, Sprecher für Kommunalpolitik der Linksfraktion im Landtag. Auch mit den Herausforderungen der Digitalisierung seien viele Kommunalverwaltungen überfordert. Dies bestätigt die Feststellung der LINKEN, dass Reform- und Handlungsbedarf besteht.«

§219a streichen!

Im Februar 2018 diskutierte der Bundestag die Reform des Paragraphen 219a, der die Information über Abtreibung verbietet. DIE LINKE, GRÜNE und FDP warben für eine Neuregelung, die das Verbot aufheben oder zumindest einschränken soll. Eigentlich unterstützt das auch die SPD. Eine Mehrheit gegen die CDU/CSU und AfD wäre möglich. Doch die SPD verweigerte am Ende der Änderung ihre Zustimmung.

»Es ist längst überfällig, den Paragraphen 219a aus dem Strafgesetzbuch zu streichen. Er beschneidet das Informationsrecht von Frauen und ist nicht mehr zeitgemäß«, sagte Cornelia Möhring, frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. Auch Karola Stange, Sprecherin für Soziales, Gleichstellung und Behindertenpolitik der Thüringer Linksfraktion, und Martina Renner, Erfurter LINKE-Bundestagsabgeordnete, erklärten: »Die Aktivitäten von AbtreibungsgegnerInnen Anzeigen auf Grund des Paragraphen 219a zu stellen, führt zu einer beunruhigenden Situation für ÄrztInnen und Beratungsstellen. Sie trägt auch zu einer Verunsicherung von Frauen bei, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen wollen und beschränkt sie in ihrer Selbstbestimmung, dem Recht auf freie ÄrztInnenwahl und ihrem Informationsrecht.«



Foto: © Linksfraktion

Stange und Renner unterstützen den Gesetzentwurf der LINKEN: »Die Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper und ihre Lebensführung sind Menschenrechte. Der Paragraph 219a muss gestrichen werden. Dann kann die derzeitige widersprüchliche Rechtslage zwischen dem Vornehmen eines Schwangerschaftsabbruchs und der Information darüber aufgelöst werden. So wird Rechtssicherheit für ÄrztInnen und Beratungsstellen geschaffen, wodurch Schwangere die medizinische Beratung und Information erhalten können, die sie in ihrer Selbstbestimmung unterstützen.«

Blick nach rechts**AfD verhindert Demokratie**

Die Thüringer AfD will mit einem Eilantrag am Thüringer Verfassungsgerichtshof verhindern, dass bei den Kommunalwahlen im Freistaat Jugendliche ab 16 Jahren wählen dürfen. Anja Müller, Sprecherin für Bürgerbeteiligung der Linksfraktion im Thüringer Landtag, ist empört: »Mit ihren Normenkontrollen gegen die Absenkung des Wahlalters und des Abstimmungsalters für Bürgerbegehren und nun auch noch durch den Eilantrag zu den Oberbürgermeister- und Landratswahlen, entlarvt sich die AfD als Anti-Demokrat und Verhinderer von Mitbestimmung. Dem muss man entgegengetreten!«

Rot-Rot-Grün hatte das Wahlalter für Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt und so mehr Mitbestimmung ermöglicht. Müller sagte: »Die frühe Einbeziehung von Jugendlichen ist wichtig zum Erhalt einer lebendigen Demokratie.«

Mit dem Verfahren am Verfassungsgerichtshof versuche die AfD, das Gericht für ihre ideologischen Zwecke zu missbrauchen. Das werde daran deutlich, dass sich die Verfahren auch gegen die erweiterte Einbeziehung Nichtdeutscher in Mitbestimmungsverfahren richteten. Sogar das Stimmrecht von EU-Bürgerinnen und -Bürger auf kommunaler Ebene werde von der AfD engstirnig und nationalistisch bestritten, kritisierte Müller. »Nach Artikel 23 des Grundgesetzes sind EU-Mitbürgerinnen und -Bürger auf kommunaler Ebene mitbestimmungsberechtigt. Das darf nicht in Frage gestellt werden.«



Foto: © WIKIPEDIA

Burschenschaften in Thüringen

Zum mangelnden Geschichtsverständnis der CDU

CHRISTIAN SCHAFT

Eine kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Stefan Gruhner an die Landesregierung zu Studentenverbindungen in Thüringen, wurde im Februar zur Posse. Die Regierung verwies in ihrer Antwort an Gruhner, der Mitglied der »Burschenschaft Teutonia Jena« ist, darauf, dass für eine allgemeine Bewertung des Wirkens von Studentenverbindungen in Thüringen kein Anlass bestehe. Aber sie erwähnte die Verzahnung der »Burschenschaft Normannia zu Jena« in die extreme Rechte - Gruhner hatte ausdrücklich danach gefragt.

Nun aber wirft der CDU-Politiker der Regierung »fehlendes Geschichtsbewusstsein« vor. Er meint, die Stu-

dentenverbindungen würden das kulturelle Leben Thüringens bereichern. Mit dem Verweis auf das Verbot der Verbindungen im NS-Staat stellt der CDU-Abgeordnete auch auf die Mär ab, die Verbindungen hätten damals eine oppositionelle Rolle eingenommen. Nun waren es aber im Frühjahr 1933 die Jenaer Verbindungen die ihre Mitglieder dazu aufriefen, Mitglied in der SA zu werden. Und die »Burschenschaftlichen Blätter« schrieben im März 1933 zur Regierungsübernahme Adolf Hitlers: »Burschenschafter! Was wir seit Jahren ersehnt und erstrebt und wofür wir im Geiste der Burschenschafter von 1817 jahrein an uns und in uns gearbeitet haben, ist Tatsache geworden.« Auch der Dachverband der

»Corps« forderte 1933 die Mitglieder auf, sich »ohne jeden Vorbehalt einzugliedern in die nationalsozialistische Bewegung«, obwohl erst zwei Jahre später beschlossen wurde, dass Erstsemester sich im »Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund« zu organisieren haben. Und den Annalen der Universität in Jena ist zu entnehmen, dass die »Landmannschaften« und »Burschenschaften« freiwillig ihren Fahnen vor der »nationalsozialistischen Bewegung« abgelegt hätten. Widerstand gegen den NS sieht anders aus. Bevor der Regierung also ein fehlendes Geschichtsbewusstsein bescheinigt wird, sollte sich der CDU-Abgeordnete Gruhner besser fragen, wie es um sein eigenes steht.

»Das Massaker von Mechterstädt«

1920 ermordeten Verbindungsstudenten in Mechterstädt 15 Arbeiter

Der Thüringer CDU-Landtagsabgeordnete und Burschenschafter Stefan Gruhner beklagte jüngst »fehlendes Geschichtsbewusstsein« der Landesregierung gegenüber der Geschichte der Studentenverbindungen. Wahrscheinlich stößt ihm auf, dass die Regierung die Geschichte differenziert betrachtet und sich nicht in geschichtsklitternder Lobhudelei ergeht, wie sie in Studentenverbindungen bis heute üblich ist (siehe den Beitrag von Christian Schaft in dieser Ausgabe).

PAUL WELLSOW

Dabei hatte das zuständige Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung in seiner Antwort auf Gruhners Anfrage nicht einmal Bezug genommen auf ein Ereignis, dass sich 1920 in Thüringen ereignet hatte – und das einen ganz speziellen Blick auf die Geschichte von Studentenverbindungen in Thüringen wirft. Am 25. März 1920 wurden bei Mechterstädt 15 Arbeiter von Verbindungsstudenten des »Marburger Studentenkorps« ermordet. Der Wissenschaftler Bruno W. Reimann schrieb: »In Mechterstädt sind im Kontext der Arbeiterunruhen nach dem Kapp-Putsch am 25. März

1920 fünfzehn Arbeiter auf einem Gefangenentransport von Sättelstedt nach Gotha auf brutalste Weise ermordet worden. Diese Geschehnisse weisen weit über den lokalen Rahmen hinaus. Sie legen eine grundlegende Problematik und Schwäche in der Konstruktion der Weimarer Republik frei. Die Weimarer Republik war das Ergebnis eines Soldatenaufstandes und einer Arbeiterrevolution. Sie wurde nicht von den traditionellen Eliten in Bürgertum, Universitäten, Militär, Politik, Justiz getragen. Diese befanden sich von Anbeginn in einer putschistischen Lauerstellung.« In den anschließenden Gerichtsverfahren blieben die Mörder straffrei. »Auf diese Weise wurde mit der militärischen Niederschlagung von Arbeiterunruhen nicht nur die politische Arbeiterschaft, sondern auch die Demokratie selbst, deren wichtigste Aufgabe die Integration von widerstrebenden Gruppen ist, geschwächt«, schrieb Reimann in seiner 2016 veröffentlichten Begleitbroschüre zur Ausstellung »Das Massaker von Mechterstädt« (Eckhaus Verlag, Weimar).

Der Gewerkschafter Johann Seehofer formulierte damals drastischer: »Wer die bestialisch zugerichteten Leichen gesehen hat, der

wird mir sicher zustimmen, dass Individuen, die solcher Taten fähig sind, nicht nur heute in sturmbelegter Zeit, sondern immer eine Gefahr für ihre Mitmenschen bilden.« Auch Bodo Ramelow, Thüringer Ministerpräsident, fand in seinem Geleitwort zur Broschüre Reimanns 2016 deutliche Worte. Die Morde seien »Zeichen der Gewalt, der Willkür und der Menschenverachtung«. Er forderte: »Diese Bluttat darf niemals vergessen werden.« Wenn Stefan Gruhner nun über die Geschichte der Verbindungsstudenten in Thüringen sprechen will, sollte er nicht nur an das Wartburgfest oder an gesellige Bierrunden denken, sondern auch an das »Massaker von Mechterstädt«. Am 20. März jähren sich die Morde wieder. An den Gedenksteinen bei Thal und Mechterstädt werden sicherlich auch in diesem Jahr zum Gedenken Blumen niedergelegt.

Bruno W. Reimann: Das Massaker von Mechterstädt 1920, Eckhaus Verlag, Weimar, 2016.

Dietrich Heither / Adelheid Schulze: Die Morde von Mechterstädt 1920. Zur Geschichte rechtsradikaler Gewalt in Deutschland, Taschenbuch, Metropol Verlag, Berlin, 2015.

Renten-Gerechtigkeit schaffen!

Thüringer Landtag fordert von Bundesregierung mehr Rentengerechtigkeit

Die Forderung ist klar: »Rentenlücken schließen und Rentengerechtigkeit zeitnah schaffen!« Der Thüringer Landtag hat auf Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und GRÜNE am 21. Februar 2018 beschlossen, der Forderung nach mehr Rentengerechtigkeit gegenüber der Bundesregierung Nachdruck zu verleihen.

Mehr als 25 Jahre nach der Vereinigung ist die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West überfällig, besonders deutlich wird das bei der Rente. Zudem haben niedrige Löhne und unstete Erwerbsbiografien nach der Wende dazu geführt, dass kommende Generationen von RentnerInnen trotz langjähriger Berufstätigkeit lediglich Leistungen der Grundsicherung im Alter beziehen werden. Ohne eine Reform der gesetzlichen Rente wird Altersarmut in Ostdeutschland massiv ansteigen. Mit dem Antrag wird die Landesregierung gebeten, gegenüber der Bundesregierung auf Rentengerechtigkeit zu drängen.

Gerechtigkeit

Wir dokumentieren Auszüge aus der Rede von Karola Stange, Sprecherin für Soziales, Gleichstellung und Behindertenpolitik der Thüringer Linksfraktion:

»Der Antrag der rot-rot-grünen Fraktionen 'Rentenlücken schließen und Rentengerechtigkeit zeitnah schaffen!' könnte auch den Titel 'Altersarmut muss verhindert werden' oder 'Rente muss zum Leben reichen' haben. Der Aufschrei der Sozialverbände, der Gewerkschaften, der Parität, der Betroffenenorganisationen in den letzten Jahren ist leider nicht leiser geworden. Immer wieder wurde darauf aufmerksam gemacht, dass Altersarmut entscheidend wächst. Das ist eine Schande. Der Vorsitzende der Seniorenvertretung des Deutschen Beamtenbundes, Wolfgang Speck, sagte am 7. November letzten Jahres: Altersarmut ist eines der größten, individuellen Zukunftsprobleme. Dem ist leider nichts hinzuzufügen.

»Gender Pay Gap«

Nach der OECD-Studie 'Ungleichheit im Alter vermeiden' wurde festgestellt: In keinem der OECD-Länder ist der sogenannte Gender Pay Gap, also der Einkommensunterschied zwischen den Alterseinkünften zwischen Männern und Frauen größer als in Deutschland – eine Schande.



Foto: ©DIE LINKE THÜRINGEN

Brüche der Biographien

Im November letzten Jahres titelten einige Thüringer Zeitungen Folgendes: Die Brüche im Arbeitsleben vieler Menschen nach der Wende sorgen für Altersarmut. Dafür macht sich die Parität in Thüringen genauso wie wir als Rot-Rot-Grün stark, dass genau diese Problematik beseitigt wird. Es ist noch einmal hervorgehoben worden, dass vor allem Männer perspektivisch von Altersarmut betroffen sein werden. Wir haben in unserem Antrag noch einmal gefordert, die Landesregierung möge sich dafür einsetzen, dass es zu einer noch zügigeren Angleichung der Renten Ost und West kommt, dass die Überführungslücken, die es schon seit 28 Jahren in der Rente gibt, endlich geschlossen werden und dass unter anderem auch die DDR-geschiedenen Frauen angemessene Renten erhalten.

DDR-Geschiedene

Wir haben (...) eine Neufassung unseres Antrags vorgelegt, in der wir uns explizit auf die DDR-Geschiedenen konzentrieren. Sie wissen alle – das ist nichts Neues –, dass diese Problematik seit 25, 26 Jahren in den Landtagen diskutiert wird. Wir haben uns also vor allem bei den Frauen zu bedanken, die sich aufgemacht haben zu klagen. Sie sind mit den Vereinen der DDR-Geschiedenen losgegangen und

haben vor dem UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung aus diesem Politikfeld 'DDR-Geschiedene' geklagt. Der Ausschuss äußerte die erhebliche Besorgnis darüber, dass die Diskriminierung in der Bundesrepublik Deutschland immer noch bestehe und hat sie aufgefordert, einen entsprechenden Ausgleich vorzulegen. Dieser ist bis heute nicht erfolgt. Eine Vielzahl von Änderungen und Anträgen waren in den letzten Bundestagskoalitionsfraktionen, aber auch in der Bundestagsdebatte immer wieder Punkt der Diskussion. Leider hat sich bis heute nichts geändert. Also haben wir als Rot-Rot-Grün noch einmal diese Thematik der DDR-Geschiedenen mit in unseren Antrag aufgenommen, um nach dem Antrag von Brandenburg die Kräfte zu bündeln und gemeinsam als rot-rot-grüne Landesregierung auch im Bund uns dafür einzusetzen, dass endlich das Thema eines Fonds auf den Weg gebracht wird, um die DDR-Geschiedenen in der Rente gut und besser zu stellen.

Gemeinsames Signal

Ich kann Sie nur bitten, werte Kolleginnen und Kollegen, nehmen Sie gemeinsam unser Angebot an – da gucke ich auch die CDU-Fraktion an –, stimmen Sie unserem Antrag mit zu. Dann kommt ein positives gemeinsames Signal aus Thüringen im Bundestag an.«

Erfolge

Thüringer Datenschutzbericht

Den neuen Datenschutzbericht für den Freistaat stellte am 28. Februar 2018 Thüringens oberster Datenschützer vor. *Katharina König-Preuss*, Sprecherin für Datenschutz der Linksfraktion im Thüringer Landtag, begrüßte den Bericht und lobte die Arbeit von *Dr. Lutz Hasse*.

König-Preuss sagte nach der Vorstellung des Berichts: »Die Verdreifachung der Posteingänge und Anfragen beim Landesbeauftragten zwischen 2011 und 2017 verdeutlichen das gestiegene Interesse von Bürgern, Verwaltung und Unternehmen am Schutz privater Daten. Gleichzeitig zeigen sie die Bedeutung der Arbeit des Datenschutzbeauftragten im Zeitalter der fortschreitenden Digitalisierung und Vernetzung von Informationen. Der Datenschutzbeauftragte und seine Mitarbeiter leisten eine hervorragende Arbeit, wie sich kontinuierlich zeigt! In diesem Jahr werden zusätzlich, unter anderem durch die in Kraft tretende Datenschutzgrundverordnung, die Aufgaben und Anforderungen an den Datenschutzbeauftragten steigen.« Eine große Herausforderung sei zudem die Umsetzung der ab Mai 2018 in Kraft tretenden EU-Datenschutzgrundverordnung, wie *König-Preuss* anmerkte.

»Aus Sicht der Linksfraktion braucht es einen gut ausgestatteten und handlungsfähigen Datenschutzbeauftragten, der inhaltlich gute Arbeit leisten kann. Um dem bereits entstandenen und dem noch zu erwartenden Mehraufwand Rechnung zu tragen, hat die rot-rot-grüne Koalition reagiert und mit mehr als einer halben Million Euro zusätzliche Stellen geschaffen«, betonte die Abgeordnete *König-Preuss*. Sie würdigte das Engagement des Datenschutzbeauftragten: »Kameraüberwachung, Spähsoftware, digitale Klassenzimmer, Gesundheits-Apps, Telefonaufzeichnung, Sicherheit bei Clouds – die Bandbreite des Datenschutzbeauftragten ist umfassend. Dass *Herr Dr. Hasse* und sein Team dem gewachsen sind, beweisen sie Tag für Tag. Auch aus diesem Grund hat die rot-rot-grüne Koalition mit der Wiederwahl von *Lutz Hasse* sichergestellt, dass er weiterhin über die Einhaltung des Datenschutzes in Thüringen wachen kann und die Bürgerinnen und Bürger kompetente Antworten aus dem Haus des Landesbeauftragten erhalten«, so *König-Preuss* abschließend.

Den Bericht gibt es unter www.tlfdi.de.

2. Meininger Energiekonferenz
Wärmeenergie - der schlafende
Riese bei erneuerbaren Energien

Einladung

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

**Immer auf dem Laufenden bleiben!
Mehr Infos über die Arbeit unserer
Landtagsfraktion finden Sie hier:**

Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport unserer Fraktion als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitiativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet

nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Web 2.0

Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Ple-

narsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingebunden. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.

Eindringlich hat die Thüringer Opferberatungsstelle »ezra« vor rechter und rassistischer Gewalt im Freistaat gewarnt. Am 7. März 2018 stellte die Initiative ihre Jahresstatistik für 2017 vor (www.ezra.de). Danach habe es im vergangenen Jahr in Thüringen mindestens 149 rassistische oder rechte Angriffe und Gewalttaten gegeben. Das sei, so bewertet es die Initiative, zwar im Vergleich zum Jahr 2016 ein Rückgang von sieben Prozent – jedoch immer noch ein Rekordhoch. Christina Büttner, Projektkoordinatorin von »ezra«, sagte bei der Vorstellung des Berichts in Erfurt: »Das ist die zweithöchste Zahl von Angriffen, die je von unabhängigen Stellen in Thüringen seit 2001 registriert wurde.«

Von den Taten waren mindestens 220 Menschen betroffen. Die häufigsten Übergriffe verzeichnet die Initiative in Erfurt (41 Fälle) und Jena (18 Fälle). Besonders besorgt ist man bei »ezra« über die jüngste Entwicklung in Eisenach. Dort habe sich eine äußerst gewaltbereite und organisierte Neonazi-Szene etabliert, die vor allem politische GegnerInnen ins Visier nehme. 2016 hatte »ezra« nur einen Angriff auf politische GegnerInnen in der Stadt erfasst, 2017 waren es bereits fünf Fälle.

Zudem seien die Gewalttaten im Jahr 2017 in Thüringen insgesamt nach Einschätzung der Opferberatungsstelle noch einmal brutaler geworden. 70

Rassistische Gewalt

Opferberatungsstelle »ezra« warnt vor hoher Zahl rechter und rassistischer Taten

Prozent aller registrierten Angriffe seien aus einer rassistischen Motivation heraus begangen worden. »Rassistische Gewalt trifft zumeist geflüchtete Menschen oder solche, die von den TäterInnen dieser Gruppe zugeordnet werden«, erklärte Büttner. Und weiter sagte sie: »Insbesondere Frauen mit Kopftuch sind immer wieder von rassistischen Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffen betroffen.«

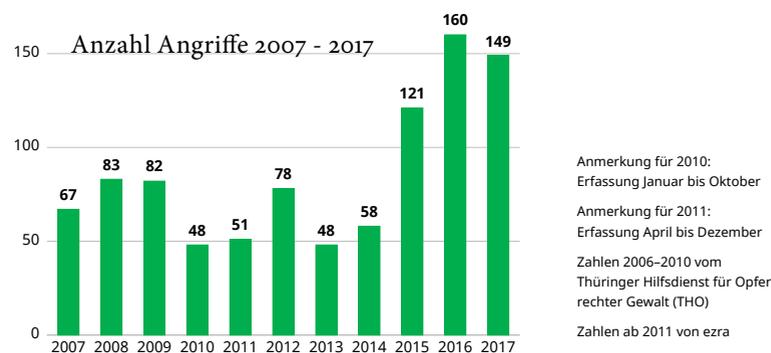
Auch Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, zeigte sich über die Entwicklung entsetzt: »Das verdeutlicht, welche reale Gefahr von völkischen und nationalistischen Ideologien ausgeht, aus denen gewaltförmige Attacken vor allem auf hier lebende Geflüchtete resultieren – oder auf Menschen, die dieser Gruppe zugeordnet werden. Die hohe Zahl an Straf- und Gewalttaten gegen Geflüchtete verdeutlicht, dass es ein aggressives, rassistisches und feindliches Klima gibt, das durch die Hassreden der AfD befeuert wird. Rechte Straftäter leiten

auch daraus eine Legitimation für ihre menschenverachtenden Taten gegen Schutzbedürftige ab. Politiker wie Björn Höcke, die mit Reden und Postings im Netz diese Entwicklung permanent anheizen, tragen daher eine Mitverantwortung.«

Auch »ezra« verwies auf die Mitverantwortung der Politik: »Längst gehören Diffamierungen bis hin zu Gewaltandrohungen zum politischen Alltag und sind auch im Umfeld rassistischer Parteien wie der AfD kein Einzelfall mehr.« Zudem würden Entscheidungen, wie Asylrechtsverschärfungen, den TäterInnen den Eindruck vermitteln,

»sie hätten mit ihren abscheulichen Angriffen Erfolg«, erklärt Büttner.

DIE LINKE-Abgeordnete König-Preuss dankte nach der Vorstellung des Bericht der Initiative: »Die Opferberatungsstelle ezra ist ein vertrauensvoller Anlaufpunkt für Betroffene rassistischer Gewalt und leistet eine unverzichtbare Arbeit, die auch in Zukunft abgesichert werden soll«. Die Landesregierung unterstützt die Arbeit mit Mitteln aus dem »Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit«. Die Gelder für das Programm wurden mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 durch Rot-Rot-Grün erhöht.



Energiewende und Verbraucherschutz

Um klimaschädliche Emissionen zu reduzieren, ist Energiesparen wichtig. Daher spielen die Verbraucherinnen und Verbraucher eine wichtige Rolle in der Energiepolitik. Die Senkung des Energieverbrauchs ist eine Voraussetzung für eine Energiewende und Klimaschutz. Konsequentes Einsparen führt mit dazu, die Versorgung kostengünstiger auf erneuerbare Energien umzustellen. In Anbetracht steigender Energiekosten steigt auch die Anforderung an Beratungsstellen, von Armut bedrohte



FOTO: © LINKSFRAKTION

Haushalte gut zu beraten, denn ein effizienter Verbrauch kann helfen, vor Energiearmut schützen.

Für DIE LINKE ist klar: Es braucht zugleich eine soziale und ökologische Energiewende.

Die Themen: Der Beitrag der Energieberatung zur Energiewende, die aktuelle Lage von Energiearmut und deren Bedeutung der Schuldnerberatung und Energiesparen in einkommensschwachen Haushalten. Mit Vorträgen und Beiträgen von Diana Skibbe (Sprecherin für Verbraucher-

schutz Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag), Steffen Harzer (Sprecher für Energiepolitik und Klimaschutz Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag), Ramona Ballod (Verbraucherzentrale Thüringen e. V.), Anja Draber (Fachberatungsstelle LI-GA) und Robert Kümmel.

Die Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE findet am 13. März 2018 von 14 bis 17 Uhr im Thüringer Landtag (Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt, Raum F 125a) statt.